



**Gunther Krichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für  
Pforzheim und den Enzkreis

## Bundestag gedenkt der Terroropfer von Paris

Merkel: „Die Scharia steht nicht über dem Grundgesetz!“

**Mit einer Schweigeminute hat der Bundestag am Donnerstag der Opfer der Terroranschläge von Paris gedacht. Anschließend gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung ab, in der sie sich erschüttert und fassungslos über den Tod der 17 Opfer zeigte.**

„Unsere besondere Solidarität gilt in diesen Tagen unseren französischen Freunden. Unser tiefes Mitgefühl ist bei allen Angehörigen der Getöteten und den vielen Verletzten“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert. Zugleich unterstrich Lammert, man müsse die Werte der westlichen Demokratie, die längst universelle Werte der Menschheit geworden seien, gemeinsam verteidigen und ihre Gegner entschlossen bekämpfen: „Die Idee der unantastbaren Würde des Menschen wird am Ende stärker sein als ideologisch verblendeter Hass.“ 17 Menschen seien skrupellos ermordet, andere zum Teil lebensgefährlich verletzt worden – Journalisten, Künstler und Polizisten, unter ihnen ein Muslim, sowie vier Franzosen jüdischen Glaubens. Der Mordanschlag von Paris habe nicht allein einer bestimmten Zeitung und den Menschen, die sie machen, sondern der Freiheit der Meinung und der Presse gegolten: „Es war ein demonstrativer Angriff auf die freie und offene Gesellschaft, auf unsere geschriebene und ungeschriebene Verfassung, unsere Überzeugungen und unsere Werte.“

In ihrer Regierungserklärung betonte Angela Merkel, dass Deutschland und Frankreich eine besondere Freundschaft verbindet und daher beide Länder jetzt auch zusammen stehen. In Deutschland könne es keine Sicherheit geben, wenn es in Frankreich keine Sicherheit gibt. Der Terror, so die Kanzlerin, sei nicht erst mit dem 11. September 2001 in die Welt gekommen.

Er habe immer existiert: in den Konzentrationslagern, in den Gulags, in den Morden an Walther Rathenau oder Matthias Erzberger, in den Morden an Martin Luther King, an Hanns Martin Schleyer oder in den schrecklichen Morden des NSU. Terror steckte auch in den Bomben auf Deutsche, die in Tunesien Urlaub machen wollten, oder in den Bomben, die in Bussen zündeten, die durch israelische Städte fuhren.

Mit Blick auf die Attentäter warnte Merkel davor, Muslime in Deutschland unter Generalverdacht zu stellen: „Jede Ausgrenzung, jeder Generalverdacht verbietet sich.“ Sie erinnerte daran, dass die meisten Muslime, die in Deutschland lebten, rechtschaffene, verfassungstreue Bürger seien, und versicherte ihnen: „Wir garantieren, dass der Islam im Rahmen der Verfassung frei ausgeübt werden kann.“ Die Kanzlerin verwies aber darauf, dass der Islam öfter als jede andere Religion zur Rechtfertigung von Gewalt, Terror und Einschränkung der Menschenrechte genutzt werde. „Ich halte eine Klärung dieser Fragen durch die Geistlichkeit des Islam für sehr wichtig. Und ich halte sie für dringlich!“, so Angela Merkel. Zugleich versicherte sie, dass jede Form islamistischer Gewalt in Deutschland und Europa „mit der ganzen Entschlossenheit des Rechtsstaates“ bekämpft wird.

Nach jahrhundertelangen Auseinandersetzungen, nach schrecklichen Kriegen und dem Holocaust hätten die Europäer erkannt, dass Freiheit und Toleranz der richtige Weg sind, mit der eigenen Vielfalt umzugehen. Doch Freiheit und Toleranz müssen vor Intoleranz geschützt werden, sie bedeuten nicht wegsehen oder das Messen mit zweierlei Maß. „Religionsfreiheit und Toleranz meinen nicht, dass im Zweifelsfall die Scharia über dem Grundgesetz steht“, so Angela Merkel.

### **Ausreise gewaltbereiter Islamisten in Kriegsgebiete wird wirksamer verhindert**

Bereits im letzten Jahr begannen in der Bundesregierung Überlegungen, wie die Ausreise von gewaltbereiten Islamisten in die Kriegsgebiete Syriens und des Iraks wirksamer verhindert werden kann. Durch den Bürgerkrieg in Syrien und den Vormarsch des „Islamischen Staates“ im Nordirak gewinnt dieses Thema eine immer größere Bedeutung. Nach geltendem Recht ist es möglich, Personen, die schwere, staatsgefährdende Gewalttaten vorbereiteten, den Reisepass zu entziehen. Allerdings genügt deutschen Staatsbürgern für eine Einreise in die Türkei, dem Haupttransitland für gewaltbereite Dschihadisten, lediglich der Personalausweis. Dieser kann nicht entzogen werden, weil er zur Identitätsfeststellung benötigt wird. Um trotzdem Ausreisen wirksam verhindern zu können, hat sich Bundesinnenminister de Maiziere mit den Länderinnenministern auf eine Neuregelung verständigt. Künftig kann nach einem Entzug des Personalausweises ein spezieller Ersatz-Ausweis ausgestellt werden, auf dessen Rückseite in mehreren Sprachen vermerkt sein wird, dass der Inhaber des Dokuments nicht berechtigt ist, Deutschland zu verlassen. Damit kann jeder Grenzbeamte an den Schengen-Außengrenzen klar erkennen, ob ein Personalausweisbesitzer ausreisen darf oder nicht.

Zudem hat sich die Koalition auf weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus verständigt. So wird das Terrorismusstrafrecht verschärft. Dies war eine lange Forderung der Union. Künftig soll bereits der Versuch einer Ausreise in ein Terrorcamp unter Strafe gestellt werden. Darüber hinaus werden wir wirksamer gegen die Finanzierung des Terrorismus vorgehen. Weitergehende Forderungen der CDU werden allerdings bislang vom Koalitionspartner noch blockiert. Dazu gehört auch die sog. „Vorratsdatenspeicherung“, die von der Union seit langem gefordert wird. Alle SPD-Innenminister sagen, dass wir dieses Instrument brauchen, um schwerste Straftaten aufzuklären. Dazu gehört nicht nur Terrorismus, sondern beispielsweise auch Kinderpornographie. Erfreulicherweise hat SPD-Chef Gabriel in dieser Woche das kategorische „Nein“ von Justizminister Maas relativiert und endlich Gesprächsbereitschaft hierüber signalisiert.

### **Bundshaushalt 2014 ohne neue Schulden**

Geplant war es erst für das laufende Jahr, aber die gute Konjunktorentwicklung machte es schon früher möglich: 2014 kam der Bundshaushalt erstmals seit 1969 ohne neue Schulden aus! Dieser Erfolg ist vor allem zwei Personen zu verdanken: Zum einen unserem Finanzminister Wolfgang Schäuble, der Weitblick gezeigt und die Ausgabenwünsche vor allem des Koalitionspartners gedeckelt hat. Und zum anderen der Bundeskanzlerin, die internationalen Druck nach immer höheren Schulden standgehalten hat.

Die Koalition hat eines ihrer zentralen Ziele damit ein Jahr früher als geplant erreicht. Die große Herausforderung ist es nun, auch in den kommenden Jahren zuverlässig ohne neue Schulden auszukommen. 2014 war die Kür, ab 2015 folgt die Pflicht. Deswegen bestehen über das bereits angekündigte milliardenschwere zusätzliche Investitionsprogramm keine Spielräume für weitere Maßnahmen.

### **Städtebauförderung für mehr Barrierefreiheit**

Die Bundesregierung hat für 2015 neue Programme zur Städtebauförderung aufgelegt, mit denen auch für mehr Barrierefreiheit in den Kommunen gesorgt werden sollen. Damit reagiert die Bundesregierung auch auf den demographischen Wandel. Barrierefreiheit ist ein wesentliches Merkmal für den Städtebau der Zukunft, insbesondere in einer stetig alternden Gesellschaft. Barrierearme oder barrierefreie Plätze, Gebäude oder Straßen sind für all jene Bürgerinnen und Bürger von Vorteil, die dauerhaft oder vorübergehend in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Familien mit kleinen Kindern, Ältere, Menschen mit Gehhilfen oder Rollstühlen wollen sich schnell und unabhängig fortbewegen können, ohne überall auf Hürden zu stoßen. Insgesamt wird der Bund 650 Millionen Euro investieren, um Länder und Kommunen beim Städtebau zu unterstützen.